

Avanti ²

Theoriebeilage
Stalins Verbrechen:
Warum Rudolf
Klement?

ISO Rhein-Neckar

CAPITALISMUS CORONA CHAOS



Bruno Beye, Triumph des Todes I, Holzschnitt, Titelblatt von Die Aktion, Heft 89, 1919. Abbildung: Privatarchiv.

STOPPEN!

INHALT

TITEL

- 01 CORONA**
Wie stoppen?
EDITORIAL/INHALT/FRANKREICH
- 02 FRANKREICH**
Demonstration von Kulturschaffenden
KRISE
- 03 CORONA**
Wie stoppen?
BETRIEB UND GEWERKSCHAFT
- 04 TARIFKONFLIKT ÖPNV**
Bescheidener Abschluss
- 05 GESUNDHEITSSCHUTZ IM BETRIEB**
Alles im Griff?
- 07 BR-MOBGING**
Bericht einer Betroffenen

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,
hoffentlich seid Ihr gut in das neue Jahr gekommen!
Leider prägen die Pandemie und das Versagen im Umgang mit ihr auch den Beginn von 2021.

Das Johns Hopkins Coronavirus Resource Center zählt inzwischen über 1,8 Million Todesopfer durch COVID-19 weltweit und über 36.000 hierzulande. (Stand Anfang Januar 2021). Das ist bezogen auf Deutschland eine Steigerung um über 100 % innerhalb eines Monats. Und ein Ende ist nicht in Sicht!

Die Januar-Ausgabe von *Avanti*² will sich mit dieser gefährlichen Situation auseinandersetzen. Sie informiert zudem über den oft kaum wahrgenommenen und vielfältigen Widerstand in unterschiedlichen Bereichen sowie das Engagement für eine positive Überwindung der herrschenden Verhältnisse.

Die Theoriebeilage ist der Erinnerung an unseren 1938 in Paris ermordeten Genossen Rudolf Klement gewidmet.

Wir freuen uns, wenn die Themen der vorliegenden Ausgabe von *Avanti*² Euer Interesse finden.

Für 2021 wünschen wir Euch alles erdenklich Gute! Passt auf Euch auf und bleibt gesund!

Eure Redaktion

INHALT

GENTRIFIZIERUNG

- 08 WOHNEN**
Besser im „Markt“?
SOZIALE FRONT
- 09 VERNETZUNG**
„Wer, wenn nicht wir ...“
POLITISCHE BILDUNG/ISO
- 10 FRAUENRECHTE**
Kein Thema?
- 11 KAPITALISMUS**
Keineswegs alternativlos
RÜCKBLLENDE/TERMINE
- 12 VOR 100 JAHREN**
Einheitsfront?
- 12 TERMINE**
THEORIEBEILAGE
- 01 STALINS VERBRECHEN**
Warum Rudolf Klement?



„Die Kunst ist eine Waffe der massiven Gestaltung“ - Demo für die Wiedereröffnung der Kulturräume in Paris, 15.12.2020.

Capitalismus - Corona - Chaos Stoppen!

H. N.

Zum großen Erstaunen der politischen Kaste ist die zweite Welle der COVID-19-Erkrankungen in Deutschland bisher nicht gestoppt. Offensichtlich können die im Auftrag der herrschenden Klasse Regierenden nichts aus ihrem fortgesetzten Versagen lernen.

Bereits im Frühjahr 2020 wurden die tödlichen Gefahren der seit Wochen offenkundigen Pandemie ignoriert oder klein-geredet. Danach ist erneut wertvolle Zeit von Politik, Behörden und Unternehmen aus Unfähigkeit und aus Rücksichtnahme auf die Logik der Profitmaximierung vergeudet worden.

Die prokapitalistische Politik der „Schadensbegrenzung“ hat versagt. Das Systemversagen angesichts des Ausmaßes der Corona-Katastrophe wird immer deutlicher sichtbar. Erinnern wir an die Ursachen: brutale „Globalisierung“ zur Profitmaximierung, radikale Privatisierung und drastischer Abbau zentraler Bereiche des Gesundheitssektors, Abbau des staatlichen Zivilschutzes, Dezimierung der Gewerbeaufsicht, der Gesundheitsämter und des gesamten Gesundheitssystems, Verursachen eines enormen Personalmangels im Pflegebereich, Verlagerung der Produktion von immer noch fehlenden medizinischen und pharmazeutischen Produkten in asiatische „Low-Cost“-Länder ...

Vorbeugender Gesundheitsschutz?

Praktisch nicht diskutiert wird in der „Öffentlichkeit“ die fatale Missachtung der Gebote des präventiven Gesundheitsschutzes. 1989 wurde die „EG-Rahmenrichtlinie Arbeitsschutz“ (89/391/EWG) für alle Staaten der damaligen Europäischen Gemeinschaft verabschiedet. In der BRD ist diese verbindliche Vorgabe erst 1996 mit dem Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG) umgesetzt worden.

Das ArbSchG fordert für alle privaten und öffentlichen Tätigkeitsbereiche die Durchsetzung eines präventiven Beschäftigtenschutzes. Das heißt: Es gibt eine gesetzliche Pflicht zu einem vorbeugenden ganzheitlichen Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz. Und demzufolge sind überall (mit Ausnahme von Hausangestellten, Beschäftigten auf Seeschiffen und Bergleuten) ganzheitliche Gefährdungsanalysen/Gefährdungsbeurteilungen (GFA/GFB) durchzuführen. Das gilt insbesondere auch für die aktuellen Corona- Brennpunkte: Altenheime, Flüchtlingsunterkünfte, Schulen, Kindertagesstätten, Industriebetriebe, Handelshäuser ...

Diese GFA/GFB müssen vor allem Gefahrenquellen aufzeigen, Gefährdungen beseitigen bzw. minimieren, Belastungen und Erkrankungen vorbeugen, alle Beschäftigten für Gesundheitsgefährdungen am Arbeitsplatz sensibilisieren und alle im Arbeitsleben erfahrenen physischen und psychischen Belastungen fortlaufend dokumentieren.

Skandalöses Mißachten

Skandalöserweise wird das Arbeitsschutzgesetz nur an den wenigsten Arbeitsplätzen umgesetzt. In den seltenen Fällen, in denen es jedoch aufgrund aktiver Betriebsräte ernst genommen wird, kann ein wirksamer Infektionsschutz gegen das Coronavirus sichergestellt werden. Denn dort wird mehr getan, als die AHA-L-Regeln einzuhalten. Es wird das sogenannte TOP-Prinzip des Gesundheitsschutzes verwirklicht. Dies bedeutet, dass in die-

ser Rangfolge technische (z. B. Trennwände), organisatorische (z. B. versetzte Arbeitszeiten) und persönliche Schutzmaßnahmen (z. B. FFP2-Masken) ergriffen werden müssen.

Ergänzend zum Arbeitsschutzgesetz verpflichtet übrigens das Sozialgesetzbuch VII in § 14 die Berufsgenossenschaften zur Verhütung arbeitsbedingter Gesundheitsgefahren und zur Analyse der Ursachen von arbeitsbedingten Gefahren für Leben und Gesundheit. Auch hier herrscht – von wenigen Ausnahmen abgesehen – das sprichwörtliche „Schweigen im Walde“.

Das Versagen von Politik, Behörden, Unternehmens- und Einrichtungsleitungen aber auch der meisten Gewerkschaften und Betriebsräte hat fatale Folgen. Aktuell steigen die Infektions- und zeitverzögert auch die Sterbezahlen weiter an. Offiziell über 36.000 Menschen haben wegen der Pandemie bisher ihr Leben verloren, über 1,8 Millionen haben sich infiziert (Stand 05.01.2021). Viele davon leiden auch heute noch an den Folgen ihrer Erkrankung. Dass es anders ginge, zeigen Länder wie Vietnam, Thailand oder Neuseeland.

Was tun?

Corona ist zum Brandbeschleuniger für die Krise der kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft geworden. Sie erhöht ständig den Druck auf alle, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen – vor allem aber auf diejenigen, die schon jetzt gezwungen sind, in prekären Verhältnissen zu arbeiten und zu leben.

Wir müssen das Grundrecht „auf Leben und körperliche Unversehrtheit“ gegen den Zynismus der Herrschenden und ihrer politischen Interessenvertretungen verteidigen. Wir müssen der kapitalistischen Krisen-„Lösung“ Widerstand entgegensetzen.

Erforderlich ist systematische Aufklärung. So können wir sowohl Falschmeldungen bekämpfen als auch Problembewusstsein stärken. Zudem bedarf es eines Aktionsplans gegen Kapitalismus, Corona und Krise. Vor allem aber brauchen wir den Aufbau einer sozialen Front zur Stärkung solidarischer Zusammenarbeit über alle Organisations-, Bereichs- und Staatsgrenzen. ■



Transparent gegen Pflegenotstand.

Foto: Privat.

Tarifabschlüsse im kommunalen Nahverkehr Ein Erfolg?

H. S.

Nach dem Tarifabschluss im Öffentlichen Dienst wurde am 31.10.2020 auch für den kommunalen Nahverkehr in Baden-Württemberg (6.400 Beschäftigte) ein Tarifabschluss (TV-N) erreicht. In den anderen Bundesländern, bis auf Bremen, Bayern, Saarland, Sachsen-Anhalt, Berlin und Hamburg, konnten vergleichbare Tarifabschlüsse auf Basis des Ergebnisses des Öffentlichen Dienstes, erzielt werden. In den genannten Ländern werden die Verhandlungen im Frühjahr 2021 fortgesetzt.

Aufgrund eines eigenen Haustarifvertrags musste für die 2.200 Beschäftigten des Rhein-Neckar-Verkehrsverbundes (RNV) in Mannheim, Heidelberg und Ludwigshafen gesondert verhandelt werden. Am 6. November wurde aber auch hier ein Verhandlungsergebnis erzielt.

Die Gewerkschaft ver.di und der Kommunale Arbeitgeberverband Baden-Württemberg (KAV) einigten sich sowohl für Baden-Württemberg als auch für den RNV auf die Übernahme des Tarifabschlusses im Öffentlichen Dienst inklusive der Corona-Prämie sowie weiterer Verbesserungen.

Die Beschäftigten erhalten ab dem 1. April 2021 insgesamt 1,4 % mehr Geld, mindestens aber 60 Euro, in unteren Gehaltsgruppen mindestens 70 Euro. Zum 1. April 2022 soll eine weitere Erhöhung um 1,8 % und mindestens 70 Euro folgen. Auszubildende erhalten 2021 und 2022 jeweils 25 Euro mehr.

In Baden-Württemberg wird das Urlaubsgeld um 120 Euro erhöht, ab 2023 wird ein Entlastungstag nach zehn Jahren Betriebszugehörigkeit eingeführt, für Fahrerinnen und Fahrer und Beschäftigte im Schichtdienst mit zehn Jahren Betriebszugehörigkeit ab 2022. Azubis bekommen künftig ein Jahr ihrer Ausbildungszeit auf die Stufenlaufzeit angerechnet.

Die Beschäftigten des RNV erhalten eine Corona-Prämie von 700 Euro statt 600 Euro, für Auszubildende gibt es 300 Euro mehr. Zudem werden ab dem 1. Juli 2021 Überstunden von der ersten Minute an gezahlt, und nicht erst nach 15 Minuten. Das Urlaubs- und Weihnachtsgeld wird von bisher jeweils 50 auf jeweils 80 % des Monatsbruttolohns angehoben. Alle Manteltarifverträge laufen bis zum 31.12.2023.

Kämpfen unter Pandemiebedingungen

Kämpfen trotz Pandemie ist möglich. Die Beschäftigten des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) haben das eindrucksvoll gezeigt. Am 29. September 2020 stand der ÖPNV im Land in weiten Teilen still. Die 87.000 Beschäftigten in kommunalen Nah-

verkehrsunternehmen haben erstmals nach über 20 Jahren gleichzeitig in allen Betrieben gestreikt. Nicht nur die Busse und Bahnen standen still. Mit dem Stillstand des ÖPNV machten verstopfte Straßen deutlich, dass das Verkehrssystem in den meisten Städten überholt ist.

Der KAV hatte zuvor versucht, die Beschäftigten mit dem Vorwurf des „unmoralischen Handelns“ einzuschüchtern und auseinanderzudividieren. In der Pandemie sei nicht die Zeit für Verbesserungen. Es gehe jetzt um Beschäftigungssicherung. Wer seinen Arbeitsplatz in der Krise behalten wolle, der müsse auf Verbesserungen verzichten können. Dazu kam die veröffentlichte Meinung der Medien, die gegen die Streikenden Front machte. Trotzdem haben sich die Beschäftigten nicht spalten lassen und sich Unterstützung organisiert.

Für Verkehrswende

Aufgrund der Pandemie fanden nur wenige

größere Kundgebungen statt. Stattdessen gab es an vielen Orten Unterstützung für die Streikposten durch Aktive von Fridays For Future und andere Engagierte.

Nachdem in den Monaten zuvor Bündnisse gebildet worden waren, kam es nun zum gemeinsamen Auftritt: Die Klimagerechtigkeitsbewegung sieht die Verbesserung der Arbeitsbedingungen als Teil der Verkehrswende und solidarisierte sich mit dem Tarifkampf der ÖPNV-Beschäftigten. Zusammen wurden zwei Verkehrswendetage bestritten (14.8. und 18.9.2020). ÖPNV-Beschäftigte nahmen am weltweiten Klimaaktionstag am 26.9.2020 teil. Diese gegenseitige solidarische Unterstützung gilt es nun weiter zu entwickeln. Sie nützt nicht nur den Beschäftigten im ÖPNV, sondern auch dem Ziel der so notwendigen sozialen- und ökologischen Verkehrswende. Diese kann nur durch eine breite Massenbewegung erzwungen werden! ■



ÖD-Warnstreik in Mannheim, 16. Oktober 2020.

Foto: helmut-roos@web.de.

Betriebsarbeit in Zeiten der „Corona-Pandemie“

Ein Gespräch mit Betriebsrätinnen und Betriebsräten (Teil II)*?

Im April 2020 sprachen wir das erste Mal mit Kolleg*innen aus Chemie-, Metall- und Speditionunternehmen über die betrieblichen Auswirkungen der Pandemie. Im November 2020, mitten in der zweiten Pandemie-Welle, fragten wir erneut nach.

Hat in „Eurem“ Unternehmen der Arbeits- und Gesundheitsschutz seit der 1. Pandemiewelle einen anderen Stellenwert bekommen?

Kevin: Verändert hat sich etwas. Aber nicht zum Positiven. Die Geschäftsleitung nimmt die Pandemie schon ernst. Wir werden als Betriebsrat auch einbezogen. Aber wie gesagt, wir wollen einen ganzheitlichen Arbeits- und Gesundheitsschutz. Und da reagieren unsere Herren allergisch. Schließlich wollen die alleine entscheiden. Wir stören da nur. Insofern haben sich die Angriffe auf uns verschärft.

Clara: Der Gesundheitsschutz hat eine größere Bedeutung als vor Corona. Wir haben bei uns zum Glück keine Verhältnisse wie in Schlachtfabriken oder im Großversand. Aber wir machen uns da nichts vor. Es geht darum, die Produktion und den Gewinn sicherzustellen. Unabhängig von Corona müsste beim Arbeitsschutz viel mehr getan werden. Auch vom Betriebsrat.

Heiko: Bei uns ist die Entwicklung ähnlich wie bei Kevin. Im Grunde versucht die Standortleitung uns müde zu machen. Das heißt, wir werden immer wieder mit neuen und teilweise sinnlosen Dingen beschäftigt. Oder es wird mal wieder unsere Mitbestimmung nicht beachtet. Das kostet Zeit, Kraft und Nerven. Das alles hat mit Corona ja nicht aufgehört.

Haben sich die Arbeitsbedingungen im Verlauf der Pandemie verändert?

Clara: Die Mehrheit der Angestellten arbeitet wieder vermehrt im „Home-Office“. Dazu gibt es inzwischen auch eine ganz erträgliche Betriebsvereinbarung. Im Arbeiterbereich ist „Home-Office“ ja nicht möglich. Dort werden die Hygiene-Maßnahmen meistens eingehalten. Aus Angst, nicht weil man sie gut findet. Schließlich bringt dieses Konzept mehr Aufwand und Belastung, z. B. wegen der Handhygiene, dem Abstandsgebot, Lüften, Maskenpflicht. Aber die Arbeitsmenge wurde nicht verringert.

Kevin: Das ist typisch. So etwas kenne ich auch. Die Kolleg*innen sollen auf alles achten. Das kostet Zeit. Sie sollen Masken tragen. Gerade bei körperlicher Arbeit ist das wirklich belastend. Belastend waren solche Arbeiten auch früher. Aber jetzt sollen die ja den ganzen Tag zusätzlich die Masken tragen. Die Taktzeiten und die Arbeitsmenge bleiben aber unverändert. Ein beliebtes „Argument“ der Vorgesetzten ist, dass alle froh sein könnten, Arbeit zu haben. Es gibt einige Kolleg*innen, die es auch so sehen und uns sagen, wir sollen den „Ball flach halten“.

Tom: Bei uns gibt es keine neuen Regelungen. Aber der Druck ist mehr geworden. Wir sind so knapp besetzt, dass jeder Personalausfall sofort spürbar ist. Auch wenn wir keine „offiziellen“ Corona-Fälle hatten, so gab es doch vermehrt Krankheitsfälle im letzten Halbjahr. Da waren sicher auch Kolleginnen und Kollegen dabei, die gerade während der ersten Welle nicht wussten, wohin mit dem Kind.

Das hört sich alles so an, als wenn Hygiene-Maßnahmen ohne Einbeziehung der Belegschaft, ohne Betriebsrat und ohne Gefährdungsbeurteilung angeordnet werden. Stimmt das?

Kevin: Die Belegschaft wurde kaum eingebunden. Der Betriebsrat wird bei der Beratung der Maßnahmen einbezogen, aber eine Gefährdungsanalyse wird nicht durchgeführt. Wir streiten seit Jahren mit dem Unternehmen um die Umsetzung einer ganzheitlichen Gefährdungsbeurteilung. Dieser Konflikt hat sich eher verschärft.

Clara: Wir werden zwar einbezogen, aber immer wieder versuchen Vorgesetzte, eigenmächtig Entscheidungen zu treffen. Auch der Kontakt von Betriebsrat zur Belegschaft hat in den letzten Monaten gelitten. Zu wenige Betriebsräte lassen sich in den Abteilungen blicken. Wir von der Minderheit haben auch zu spät die Initiative ergriffen. Auch die Möglichkeit von Online-Treffen wurde nicht ausreichend genutzt. Damit fangen wir jetzt erst an. Insofern sind die meisten Maßnahmen tatsächlich von oben nach unten erlassen worden.

Tom: Auch wenn ich mich wiederhole. Wir müssen meistens das annehmen, was uns im Entleihbetrieb vorgesetzt wird. Da haben wir keinerlei Mitbestimmung. Gegenwehr ist unter solchen Bedingungen ganz schwer zu organisieren.



Foto: helmut-roos@web.de

Heiko: Bei den Corona-Maßnahmen versucht das Management den Betriebsrat einzubinden. In Wahrheit sollen wir nur abnicken, was die „Experten“ uns vorsehen. Wir halten da eigentlich ganz gut dagegen, aber es ist schwierig, das durchzustehen. Und es ist noch schwieriger, die Kolleg*innen zu bewegen. Wir versuchen einzelne Maßnahmen mit den Beschäftigten zu besprechen, aber das gelingt uns nur in Abteilungen, in denen wir eine starke Position haben.

Wurde im Zusammenhang mit der Erstellung des Hygienekonzepts eine Verringerung der Arbeitsmenge und des Arbeitstempos gefordert?

Heiko: Das war bei uns kein Thema.

Clara: Die Arbeitsmenge ist ein regelmäßiges Thema. Aber es gab dazu keine konkrete Forderung.

Kevin: Das war keine offizielle Forderung von uns. Wir fordern die Leute auf, „angepasst“ zu arbeiten und die Vorschriften genau einzuhalten, auch die umständlichen. Das würde die Menge automatisch reduzieren. Aber am Band in der Fertigung ist das nicht möglich. Wer dort arbeitet hat die „A-Karte“. Und wir schaffen es nicht, bei diesem Thema einen Fuß in die Tür zu bekommen.

Und wie reagieren die Kolleg*innen auf die Hygienemaßnahmen?

Tom: Bei uns werden die Regeln eingehalten. Vor allem aus Angst vor Entlassung. Wir werden als „Dienstleister“ in verschiedenen Industriebetrieben eingesetzt. Da bist du einfach auf die dortige „Sicherheitskultur“ angewiesen. Du weißt letztendlich, dass du „nur“ Beschäftigter zweiter oder dritter Klasse bist. Da heißt es oft „Maul halten“ und „Zähne zusammenbeißen“. Da stellst du die Regeln nicht in Frage. Die Alltagserfahrung ist, wer bestellt und bezahlt, der bestimmt. Du bist schon froh, die Arbeit zu behalten und wenn die „neuen“ Kollegen sich dir gegenüber fair verhalten.

Clara: Bei uns reagieren sie sehr unterschiedlich. Diejenigen, die im „Homeoffice“ sind, haben dabei das geringere Problem. Diejenigen, die kein „Homeoffice“ machen können, also in der Produktion, in der Instandhaltung oder in der Logistik, sind manchmal stinksauer. Sie haben das Gefühl, dass sie benachteiligt werden und ihre Gesundheit nicht wirklich interessiert. Einige kritisieren deswegen nicht die Vorgesetzten, sondern den Betriebsrat.

Kevin: Hinzu kommt, dass viele Kolleg*innen froh sind, dass der Laden läuft und der Arbeitsplatz im Moment noch sicher ist. Dafür sind sie zu vielen Zugeständnissen bereit. Die täglichen Berichte über die Pandemie und die Wirtschaftskrise haben das Gefühl von Ohnmacht und Angst verstärkt.

Wie bewertet Ihr die letzten Monate und was sind Eure unmittelbaren Ziele?

Clara: Die Probleme sind durch Corona nicht weniger, sondern deutlicher geworden. Wirtschaftlich steht das Unternehmen noch gut da. Aber wir sind weiter mit der Umstrukturierung im Konzern konfrontiert. Wir arbeiten weiter daran, bei der nächsten Wahl die Mehrheit zu erhalten. Wir versuchen, unsere Kolleg*innen davon zu überzeugen, dass nicht jammern hilft, sondern Engagement. Im Moment stehen unsere Chancen ganz gut.

Tom: Bei uns ist die wirtschaftliche Entwicklung unsicherer geworden. Logistik ist eben davon betroffen, wie viele Waren durch die Welt bewegt werden. Über Sinn und Unsinn sprechen wir da jetzt nicht. Wenn Produktionen eingeschränkt werden und die

Wirtschaftsleistung schrumpft, dann sind wir natürlich direkt betroffen. Aus gewerkschaftlicher Sicht wäre sicherlich auch bei uns mehr drin. Das sieht man an den Kolleg*innen von Amazon. Aber davon sind wir noch weit entfernt.

Kevin: Bei uns ist die Entwicklung eher frustrierend. Ein Teil der Kolleg*innen duckt sich weg und die permanenten Angriffe des Unternehmens setzen uns zu. Wir haben uns halt viel zu sehr vom Unternehmen treiben lassen und unsere eigenen Ziele aus den Augen verloren. Es ist uns nicht ausreichend gelungen, unsere eigenen Ziele zu verfolgen und den Kontakt zu den Beschäftigten zu halten. Gerade weil der Druck des Unternehmens auf uns massiv zunimmt, wäre das extrem wichtig gewesen. Wir versuchen jetzt, unsere Position wieder zu stärken. Mit einer klaren Strategie des Betriebsrates und einer regelmäßigen Ansprache und Information der Belegschaft.

Heiko: In den letzten Monaten hat sich nichts Grundlegendes geändert. Die Probleme, die wir vor Corona hatten, die haben wir immer noch. Der Konzern „optimiert“ weiter. Die Arbeitsbelastung steigt. Die Ungewissheit über die Zukunft wächst. Wir stehen im Betriebsrat und bei den Vertrauensleuten mitten in einem Generationenwechsel. Wir haben es noch nicht geschafft, uns zu verjüngen und zu reaktivieren. Vor allem beim Kontakt mit der Belegschaft ist noch reichlich Luft nach oben. Wenn wir da nicht besser werden, dann könnte das zu einer weiteren Schwächung des Betriebsrates und der gewerkschaftlichen Struktur im Betrieb führen.

* [Das Gespräch fand Ende November 2020 statt. Die Namen wurden zum Schutz der Teilnehmenden geändert. Die Fragen stellte U. D. Teil I ist in *Avanti*² Nr. 76, Dezember 2020 erschienen.] ■



Folgen „moderner“ Konzerpolitik in Mannheim-Käfertal.

Foto: Privat.

BR-Mobbing

Abschiedsbrief einer Bauhaus-Betriebsrätin (Teil I)*

G. K.

Mehr als zehn Jahre hat sie in einer Bauhausfiliale gearbeitet. Die letzten drei Jahre war sie Betriebsrätin. Bei Bauhaus ist das etwas besonderes, denn bei dem Heimwerkermarkt, dessen deutsche Geschäftsführung auch von „betriebsratsverseuchten Filialen“ spricht, gibt es nicht viele Betriebsräte.

Dann, nach zahllosen Abmahnungen, Kündigungen und Arbeitsgerichtsverfahren – einschließlich Bespitzelung und Verleumdung durch einzelne, vom Arbeitgeber beauftragten Mitarbeiter*innen – wollte sie nicht mehr an ihre alte Arbeitsstelle zurück. Sie hätte sich zum zweiten Mal wieder einklagen können. Entschied sich dann aber – auch, um ihre eigene Gesundheit zu

schonen – für eine Bewerbung bei einem anderen Arbeitgeber.

Sie ist nicht gerne gegangen. Ihren ehemaligen Kolleg*innen will sie Mut machen, den Kampf gegen unakzeptable Arbeitsbedingungen und für einen Betriebsrat, der den Namen verdient, weiter zu führen. Wir von Work-Watch [www.work-watch.de] haben sie jahrelang begleitet. Hier ihr Abschiedsbrief. ■

„Ich gehörte zur ersten Belegschaft, als das Haus eröffnete. Von meinen alten Kolleg*innen sind nicht mehr viele übrig. Und das hat Gründe.

Schon nach wenigen Wochen hatten wir alle gemerkt, nach welchem System bei uns gearbeitet wird. Die Geschäftsführung hatte mehr Mitarbeiter*innen eingestellt, als wir eigentlich brauchten. Diejenigen, die dem Geschäftsführer nicht in den Kram passten, wurden regelmäßig samstags in sein Büro gerufen und erhielten dann ihre Kündigung. Einige fristlos, für die anderen hat sich der Geschäftsführer Gründe aus den Fingern gesaugt. Einige Kolleg*innen wurden sogar zur Selbstkündigung genötigt.

Auch die Auszubildenden wurden regelrecht verheizt. Die „Ausbildung“ stand nicht unbedingt an erster Stelle. Einige mussten auf Anordnung ihrer Vorgesetzten tagelang Regale ein- und ausräumen, bekamen kaum Unterweisungen, mussten den Boden fegen oder andere Reinigungsarbeiten verrichten und sahen dadurch ihr Ausbildungsziel in Gefahr. Wer nicht mitspielte, wurde auch nicht übernommen. Aber auch die anderen konnten beim ersten Konflikt mit der Geschäftsführung schnell auf die Abschlusliste kommen.

Trotz der schleichenden Angst um den Arbeitsplatz regte sich Widerstand: Diese Willkür, diese „Nasenpolitik“ der Geschäftsführung wollten wir ändern. Also trafen wir uns mit dem erfahrenen Betriebsrat einer anderen Filiale.

Unser Ziel: Selbst einen Betriebsrat gründen. Unsere Kolleg*innen aus der anderen Filiale und unser Anwalt warnten uns vor: Das würde kein Spaziergang werden.

Auf der ersten, von uns angeleiteten Betriebsversammlung haben wir einen Wahlvorstand gewählt. Aber die Geschäftsführung wollte alles im Keim ersticken und hat diese Wahl sofort angefochten. Sie haben behauptet, wir wollten dem Betrieb schaden und die Abstimmung sei nicht rechtens gewesen. Wir zogen vor Gericht und mussten fast 1,5 Jahre prozessieren, um überhaupt einen Wahlvorstand gründen zu dürfen. Die Anwälte der Geschäftsführung ließen unter anderem Termine verschieben, zogen nach unserem Empfinden eine Entscheidung in die Länge. Gleichzeitig wurden in der Filiale Gerüchte gegen einzelne von uns gestreut und Personen aus dem Mitarbeiter-

stab der Geschäftsführung auf uns angesetzt. Mein Abteilungsleiter etwa beobachtete mich ununterbrochen bei der Arbeit und sorgte dafür, dass andere nicht in meiner Nähe waren und ich mit ihnen reden konnte. Ein Geschäftsleiter sagte mir sogar, er werde mich und alle anderen Kandidaten für einen Betriebsrat „vernichten“. Ich entgegnete ihm, dass ich für unser Recht auf einen Betriebsrat bis vor das Bundesarbeitsgericht ziehen würde.

Erst 2017 bekamen wir Recht vorm Arbeitsgericht, die Organisation der Betriebsratswahl begann, ein Termin wurde festgelegt. Die Wahlbeteiligung war überwältigend: Alle Kolleginnen und Kollegen haben ihre Stimme abgegeben. Für uns ein klares Zeichen, dass die Zeit für einen Betriebsrat (BR) reif war. Von unserer Liste kamen zwei als ordentliche Mitglieder in den BR, eine war Nachrückerin.

Nach der Wahl ging es gleich weiter mit Angriffen durch die Geschäftsleitung. Die Dienstpläne wurden oft so erstellt, dass sie mit unseren BR-Sitzungen kaum vereinbar waren. Die Schichten waren so knapp geplant, dass wir den Zorn einiger Kolleg*innen auf uns zogen, wenn wir zur BR-Sitzung gingen. Sie mussten dann ja unsere Arbeit mitmachen. Erklärungsversuche und Gespräche mit den Kolleg*innen endeten häufig mit der Frage: „Was macht ihr überhaupt in den Sitzungen?“. Ihre Frage war mehr als berechtigt, denn viel brachten die Sitzungen ihnen tatsächlich nicht.

Denn nach und nach entpuppten sich die meisten BR-Mitglieder als U-Boote der Geschäftsführung. Die Sitzungen zogen sich regelmäßig in die Länge, weil wir immer gegen die Betriebsratsmehrheit argumentieren mussten. Das heizte den Unmut weiter an. Alles, was unseren Kolleg*innen zum Vorteil werden konnte, lehnten diese Mitglieder ab. Zum Beispiel unsere Forderung, die Dienstpläne langfristiger und mitarbeiterfreundlicher zu gestalten, damit unsere Kolleg*innen ihr Privatleben und Beruf besser vereinbaren könnten. Eine ihrer Lieblingsbegründungen: „Das genehmigt die Geschäftsleitung nie.“ Anstatt bei schwierigen Konflikten die Einigungsstelle anzurufen, wollten sie lieber den Geldbeutel unseres Chefs schonen: „Das kostet zu viel Geld“, hieß es.

*[Teil II wird in der nächsten Ausgabe von *Avanti*² erscheinen.] ■

Mietenwahnsinn Wem gehört die Stadt?

Ein Gespräch mit Karlheinz Paskuda*

Wir haben mit Karlheinz Paskuda über die zunehmend schwierige Lage von Mieter*innen und über mögliche Alternativen zur herrschenden Wohnungspolitik gesprochen. Karlheinz ist vor Ort aktiv beim Offenen Stadtteiltreffen Neckarstadt (OST), bei „Wem gehört die Stadt?“ (WGDS?) und beim Mieterverein Mannheim. Überregional engagiert er sich bei der bundesweiten Organisation „Mietenwahnsinn“, den „Kritischen Immobilienaktionär*innen“, im Netzwerk „Mieten & Wohnen“ und beim „Deutschen Mieterbund“.

Du bist in verschiedenen Mietinitiativen regional und überregional aktiv. Wie gelingt es, lokale Mieter*inneninitiativen miteinander und mit überregionalen Akteur*innen zu vernetzen?

Lokal klappt die Vernetzung vor allem in Berlin optimal: Die ca. 300 Mieter*innen-Initiativen der Stadt sind zu großen städtischen Aktionen fähig. Bundesweit ist allen Akteur*innen klar, dass nur das Zusammenwirken Aller erfolversprechend ist. Da passt es ganz gut, dass es große Akteur*innen gibt, die Ressourcen haben, aber weniger beweglich sind, und viele kleinere Akteur*innen, die ihre Mobilisierungsfähigkeit einbringen können.

Außerhalb Berlins wird jedoch vielerorts beklagt, dass die Aktivierung von Mieter*innen größer sein könnte, zumal ja sehr viele Menschen betroffen sind. Zu viele ziehen sich aus Initiativen wieder zurück, wenn ihr individuelles Problem gelöst ist. Das gilt leider auch in Mannheim.

Gibt es Ansätze wie die Kampagne „Deutsche Wohnen & Co. enteignen!“ in Berlin auch in anderen Teilen Deutschlands? Welche Potenziale siehst Du?

Die Kampagne *Deutsche Wohnen (DW)* enteignen findet in Berlin viel Zustimmung. Sie fordert die Vergesellschaftung aller Konzerne, die in der Stadt mehr als 3.000 Wohnungen besitzen. (DW hat in Berlin 115.000 Wohnungen, zehn weitere Konzerne haben jeweils über 3.000 Wohnungen.) Hier wird es 2021 super spannend: 170.000 gültige Unterschriften müssen gesammelt werden. Dann wird es parallel zur Bundestagswahl in Berlin diese Volksabstimmung geben. Das wird sich auf die Vergesellschaftungsforderungen auch in den anderen Bundesländern auswirken, wo sie zurzeit nicht die hohen Zustimmungswerte haben. Das wird sich bei einem Erfolg in Berlin ändern und auch der bundesweiten Forderung „Vonovia & Co enteignen!“ Auftrieb geben.

Was muss passieren, damit Wohnen an den Bedürfnissen der Bewohner*innen ausgerichtet wird?

Kurzfristig: Schaffung von mehr preiswertem Wohnraum durch kommunale Wohnungsbau-Gesellschaften, Genossenschaften und Mietshäuser-Syndikatsprojekten, Förderung durch die NWG (Neue Wohngemeinnützigkeit), Mietendeckel in allen Bundesländern. Mit der NWG werden auch „Mieter*innen-Räte“ gefordert, die wichtige (Mitbestimmungs-) Rechte haben sollen.

Mittelfristig: Vergesellschaftung aller Immobilien-Konzerne, Bodenwertsteuer, Bekämpfung aller Profite mit der Miete, Abschöpfung aller Spekulationsgewinne.

Langfristig: Verwirklichung des Prinzips „Wohnraum ist keine

Ware“, z. B. die Begrenzung des Eigentums auf ein Haus (Eigennutzung).

Wie stellst Du Dir eine Zusammenarbeit mit Initiativen und Organisationen vor, die sich zu anderen Themen engagieren?

Letztlich geht es bei den vielen anderen politischen Arbeitsfeldern weitgehend um den gleichen Konflikt: Kampf gegen das Kapital, das die Produktionsmittel und auch die Häuser besitzt. Die Verflechtung dieser Aktionsfelder mit der Wohnungspolitik ist evident: Hohe Mieten führen schon jetzt dazu, dass sich ganze Berufsgruppen eine Wohnung in einigen Städten nicht mehr leisten können. Die Umweltbewegung muss sich mit der Wohnungspolitik auseinandersetzen, um zu diskutieren, wo und unter welchen Bedingungen Wohnungen gebaut werden können, und wie und zu wessen Lasten bestehende Wohnungen an die Umweltbedingungen angepasst werden. Und Flüchtende haben oft auf dem privat organisierten Wohnungsmarkt keine Chancen auf eine akzeptable Wohnung bzw. sind hier die von Ausbeutung am stärksten Betroffenen.

* [Die Fragen stellte N. B.] ■



Transparent in der Neckarstädter Umlandstr.

Foto: OST.

Vernetzung für eine soziale Front Solidarität ist machbar

N. B.

Auch im Dezember, am 16.12.2020, kamen Aktive aus der Rhein-Neckar-Region und darüber hinaus in der Videokonferenz „Wer, wenn nicht wir? Wann, wenn nicht jetzt? Wo, wenn nicht hier?“ zusammen. Sie setzten damit ihren Austausch über aktuelle politische Entwicklungen und den Aufbau von Netzwerken und Solidaritätsstrukturen fort.

Tödliche Politik und Produktion

Mehr noch als in den fünf vorigen Videokonferenzen der Initiative stand diesmal die mehr als alarmierende Pandemie-Entwicklung im Mittelpunkt, mit all ihren Akteuren und Facetten: die tödliche Politik der Herrschenden, der unzureichende Gesundheitsschutz in den Betrieben, die Mobilisierung und auch direkte Gewalt der Corona-Leugner*innen, die Überlastung der Kliniken und ihres Personals.

Täglich sterben wegen der sehr halbherzigen bzw. von ganzem Herzen wirtschaftstreu Corona-Maßnahmen der Herrschenden hunderte Menschen. Kliniken sehen sich gezwungen, sich auf die Triage vorzubereiten. Also auf die Entscheidung, wer im Zweifelsfall die lebensnotwendige Behandlung erhält und wessen Leben ohne Behandlung aufgegeben wird.

Bei aller Betonung seitens der offiziellen Politik, wie ernst die Lage sei, ist an eine Schließung der nicht dringend lebensnotwendigen Betriebe auch in diesem „harten Lockdown“ nicht zu denken. Gesundheitsschutz im Betrieb? Die meisten Betriebe geben ihre Verantwortung hierfür an die einzelnen Arbeiter*innen ab. Anstatt die Produktion zu entzerren und umfassende Hygienekonzepte zu entwickeln, wird an die individuelle Verantwortung der Arbeiter*innen appelliert. Sie sollen sich und andere durch das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes schützen. Das geschieht in der Regel, ohne dass FFP2-Masken zur Verfügung gestellt werden. Sie bieten einen wesentlich wirksameren Schutz sowohl für die Träger*innen als auch ihr Gegenüber.

Gesundheitsschutz statt Corona-Leugnen

Die Corona-Leugner*innen kommen, wie zu erwarten war, weiterhin nicht zur Vernunft, geschweige denn zu Verantwortungsbeusstsein.

Eine Teilnehmerin der Videokonferenz berichtete von einem Angriff in Duisburg. Etwa 50 Neonazis griffen auf dem Weg zu einem „Querdenker“-Aufmarsch in Düsseldorf am 06. Dezember mit Quarzhandschuhen und Flaschen 20 Antifaschist*innen an, die sich gemeinsam auf den Weg zur Gegendemo machen wollten.

Dieser Überfall verdeutlicht einmal mehr, wie sehr rechte Kräfte die zwei Gefahren noch verstärken, mit denen wir uns angesichts der Corona-Pandemie konfrontiert sehen: Die gesundheitliche und nicht selten tödliche Gefahr durch das Virus einerseits. Und die Gefahr, uns vollkommen in den virtuellen Raum zurückzuziehen und handlungsunfähig zu werden andererseits.

Angesichts der zweiten Gefahr des Rückzugs sammelten wir Ideen, welche Aktionsmöglichkeiten wir mit verantwortungsvollem Hygienekonzept umsetzen können: Pappaufsteller, Kreideschriftzügen

und -zeichnungen, Kerzen und Banner im öffentlichen Raum sind nur einige Möglichkeiten, präsent zu sein und unsere Anliegen in die Öffentlichkeit zu tragen.

Aber auch hybride Veranstaltungen wie unser ISO-Herbstseminar (wir berichteten in der Dezember-Ausgabe der *Avanti*²) sind wichtig, um unsere gemeinsame Arbeit voranzubringen.

Konkreter diskutierten wir diese Ideen auch diesmal wieder mit Bezug auf die Verkehrswende und zudem im Pflegebereich. Bei beiden Themen fließen viele Stränge politischer Arbeit zusammen. Sie bieten deshalb einen guten Ausgangspunkt für die Bildung einer solidarischen und sozialen Front gegen eine Politik, die sich nur am Profit ausrichtet. Zudem finden in diesen Bereichen nicht nur bereits einige Vernetzungen statt, sondern es wird von unterschiedlichen Akteur*innen das Bedürfnis nach engerer Zusammenarbeit geäußert. ■



„Frauenrechte erstreiten – Das Beispiel Polen“

R. G.

Am 18. Dezember 2020 fand der zehnte Online-Info-Abend der ISO-Gruppe Rhein-Neckar mit dem Thema „Frauenrechte erstreiten – Das Beispiel Polen“ statt. Anlass für dieses Thema waren die Massenproteste, die Ende Oktober 2020 in Polen durch die Abtreibungs-Entscheidung des polnischen Verfassungsgerichts ausgelöst worden waren.

Eingeleitet wurde der Abend mit einem Referat über die Entwicklung der polnischen Massenbewegung. Dabei ging die Referentin nicht nur auf die Ereignisse ein, sondern gab auch Anstoß zu einer Diskussion über Frauenrechte und Abtreibung.

Gegen PIS-Partei und Amtskirche

Am 22. Oktober 2020 verkündete das polnische Verfassungsgericht, dass ein Schwangerschaftsabbruch verfassungswidrig sei. Das gelte selbst dann, wenn „medizinische Sachverhalte eine hohe Wahrscheinlichkeit einer schweren und irreversiblen Schädigung des Embryos oder einer unheilbaren lebensbedrohlichen Krankheit nahelegen“.

Noch am selben Abend begannen die Massenproteste. Frauen und die jüngere Generation – Schüler*innen und Studierende zwischen 14 und 25 Jahren – besetzten die Straßen. Sie brachten damit nicht nur ihre Ablehnung der Gerichtsentscheidung zum Ausdruck. Es war zugleich auch ein Protest gegen die katholisch-reaktionäre Politik der herrschenden PIS-Partei und der polnischen Amtskirche.

Bewegung im ganzen Land

In den folgenden Wochen setzten sich die Demos in mehr als 410 Städten und Dörfern fort. Ein Indiz dafür, wie dynamisch und mobilisierungsfähig diese Bewegung war und wie tief der gesellschaftliche Unmut gegen die herrschende Politik sitzt. Allein am 30. Oktober 2020 waren trotz Corona mehr als eine Million Menschen auf der Straße. Den politischen, kirchlichen und intellektuellen „Führern“, die den Frauen die Menschenrechte verweigern, riefen sie zu: „Verpisst Euch woanders hin!“

Entscheidungen über das Leben

Die Referentin wies darauf hin, dass ein wichtiger mobilisierender Faktor das Verbot der Abtreibung von Embryos mit Behinderung gewesen sei. Diesbezüglich hätte es so gut wie keine kritischen Artikel in der Presse gegeben.

Doch genau dieser Punkt sei problematisch. Denn hiermit werde direkt oder indirekt das Lebensrecht von Menschen mit körperlichen und/oder geistigen Handicaps berührt. Schließlich treffe man eine Entscheidung, ob das noch ungeborene Leben lebenswert sei oder nicht und übernehme damit sehr wahrscheinlich Maßstäbe der neoliberal-kapitalistischen Gesellschaft.

Selbstbestimmung der Frauen

Ob eine Frau ein eigenes Kind austragen und gebären will, müsse sie selbst entscheiden können. Weder gesetzliche, noch politische, noch religiöse Hürden dürften dieser Entscheidung im Weg stehen.

Ebenso wenig dürfe diese Entscheidung von gesellschaftlichen

und materiellen Rahmenbedingungen beeinflusst werden. Doch genau dies sei heute der Fall. So könne es für Frauen aber keine wirklich freie Entscheidung geben.

Für Frauenrechte kämpfen

Eine freie Entscheidung darüber, ob eine Frau ein eigenes Kind gebärt, kann es nur in einer freien und solidarischen Gesellschaft geben. Im Kapitalismus, einer von Profit und Konkurrenz geprägten Gesellschaft, ist dies nicht möglich.

Im Gegenteil, es wird der sich stets „optimierende“ Mensch gefordert, der körperlich fit ist und sich an ändernde Lebens- und Arbeitsbedingungen anpassen kann. Eine stets arbeitswillige und ausbeutbare „Mensch-Maschine“. Menschen mit Handicaps entsprechen diesem „Menschenkonzept“ nicht.

Gelungener Abend

Die Teilnehmenden konnten an diesem Abend inhaltlich mehr mitnehmen als sie erwartet hatten. Dazu trugen das gelungene Referat und die daraus entstehende offene, solidarische Diskussion ganz wesentlich bei.

Erstens gab es Informationen über die polnischen Ereignisse. Zweitens gab es einen starken Impuls, sich mit Frauenrechten, dem Recht auf Abtreibung und den Rechten von Menschen mit körperlichen und/oder geistigen Handicaps auseinanderzusetzen. Drittens wurde deutlich, dass wir auch heute noch für diese Rechte kämpfen müssen und deren endgültige Durchsetzung die Überwindung der kapitalistischen Verhältnisse notwendig macht. ■



1. Mai 2020 in Mannheim.

Foto: Barbara Straube.

Brücken schlagen zu einer besseren Welt (Teil I)*

Kapitalistische Barbarei oder Sozialismus?

U. D.

Am 14. November 2020 führte die ISO Rhein-Neckar ihr Herbstseminar „Schnell noch die Welt verändern?“ in „hybrider“ Form durch. Wir dokumentieren hier das Einleitungsreferat in einer überarbeiteten und komprimierten Fassung.

Krisen des Kapitalismus

Der globale Kapitalismus ist weit davon entfernt, eine friedliche, demokratische, freie und auf sozialer Gleichheit aller Menschen beruhende Welt zu schaffen. Vielmehr befindet er sich in einer tiefen Krise, die durch sich verschärfende „Teilkrisen“ gekennzeichnet ist. Sie erfassen so gut wie alle Bereiche: Klima, Wirtschaft, Ernährung, Gesundheit, Klassengesellschaft, Demokratie, Krieg, Bildung, Kultur, Flucht usw.

Die herrschende Klasse der Kapitalbesitzer hat ihre Antworten auf diese Krisen längst formuliert. Aber diese Antworten führen nicht zur Verbesserung der Lebenslage der übergroßen Mehrheit der Menschheit, sondern sollen „nur“ die Macht und den Reichtum der Herrschenden erhalten.

Die Folgen dieser Antworten sind verheerend:

- Die globalen Kapital- und Warenströme werden weiter liberalisiert und dereguliert (z. B. TTIP, CETA). Damit werden regionale Wirtschafts- und Sozialstrukturen dem Zugriff des global agierenden Kapitals ausgeliefert.
- Die weltweite Konkurrenz verschärft sich bis hin zu „Wirtschaftskriegen“. Dies erhöht die Gefahr militärischer Konflikte.
- Immer mehr Waren sollen immer schneller und zu immer geringeren Kosten produziert werden. Dies führt zur fortgesetzten Ausbeutung natürlicher Ressourcen und menschlicher Arbeit
- Die Machtkonzentration der „großen“ Kapitaleigner nimmt zu. Immer weniger Konzerne bestimmen die kapitalistische Weltwirtschaft.
- Belegschaften sind schier ununterbrochen mit Umstrukturierungen, Arbeitsverdichtung, Verkäufen, Entlassungen usw. konfrontiert.
- Prekäre und flexible Formen der Arbeitsverhältnisse werden weltweit durchgesetzt: Leiharbeit, Werkverträge, Befristungen, ungewollte Teilzeit usw.
- Die soziale Ungleichheit, d. h. die Konzentration des Reichtums, nimmt zu.
- Die sozialen Sicherungssysteme werden seitens der herrschenden Klasse permanent in Frage gestellt, unterhöhlt oder gar völlig beseitigt.
- Das gesamte menschliche Leben soll dem Kapital als Investitionsfeld zur Verfügung gestellt werden: Ernährung, Wasser, Energie, Gesundheit, Pflege, Wohnen, Bildung, Kultur usw.

Dies alles schafft die Grundlage für das Entstehen rechtsnationalistischer, rassistischer, fundamentalistischer, autoritärer und faschistischer Strömungen und Bewegungen. Diese sind der offensichtlichste Ausdruck einer zunehmend unsolidarischen, konkurrierenden und barbarischen Welt und stellen eine massive Gefahr dar.

Unsere Alternative

Unser gesellschaftliches Gegenmodell zum kapitalistischen Chaos ist der ursprüngliche Sozialismus: eine freie, solidarische und demokratische Gesellschaft ohne Hunger, Unterdrückung und Krieg.

Kernelemente dieses Modells sind:

1. Ausweitung der Grund- und Menschenrechte.
2. Eine bedürfnisorientierte, ökologische, demokratisch geplante und kontrollierte Wirtschaft statt einer privaten Profitwirtschaft.
3. Uneingeschränkte, direkte Räte-demokratie.
4. Unabhängigkeit der Gerichte.
5. Eigenaktivität und Selbstorganisation der Menschen sowie ihrer unmittelbaren Beteiligung an den gesellschaftlichen Entscheidungen.
6. Internationalismus statt Nationalismus.
7. Globale Solidarität und Frieden, statt weltweite Vorherrschaft einer Klasse oder eines Staates oder Blocks.

Dies ist letztendlich die Jahrtausende alte Idee von einem besseren Leben und einer besseren Welt. Eine Idee, die nicht nur die Arbeiter*innenbewegung seit ihrer Entstehung vorantrieb, sondern immer wieder Rebellionen und Revolutionen bis hinein ins 21. Jahrhundert inspirierte und inspiriert.

Die Verwirklichung dieser Idee hat zur Voraussetzung, dass der Kapitalismus überwunden wird. Dies bedeutet unter anderem, dass die Verfügungs- und Entscheidungsgewalt des Kapitals über die Produktion beseitigt und der bürgerliche Staatsapparat durch basisdemokratische Organe der Gegenmacht herausgefordert und letztendlich ersetzt wird. Also durch eine radikale Umgestaltung der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse.

Eine solche revolutionäre Veränderung kann erfolgreich nur von der großen Mehrheit, einer politisch bewussten Arbeiter*innenklasse, gemeinsam mit existierenden, fortschrittlichen Initiativen und Bewegungen aus allen gesellschaftlichen Bereichen durchgesetzt werden.

* [Teil II wird in der nächsten *Avanti*² veröffentlicht.] ■



1. Mai 2020 in Mannheim.

Foto: Barbara Straube.

Vor 100 Jahren „Offener Brief“ für Einheitsfront – Gemeinsam „gegen Not und Verelendung“

E. B.

Am 8. Januar 1921 veröffentlichte das Parteiorgan *Rote Fahne* einen Aufruf der Zentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei (VKPD) zur Bildung einer Einheitsfront aller Gewerkschaften und Arbeiterparteien. Adressaten dieses „Offenen Briefs“ waren sozialdemokratische, sozialistische, linkskommunistische und anarcho-syndikalistische Organisationen, Parteien und Verbände.

Die VKPD forderte sie auf, gemeinsam gegen die wachsende Not und Verelendung breiter Massen vorzugehen. Vor allem sollte durch die Führung einheitlicher Lohnkämpfe aller „Arbeiter, Angestellten und Beamten“ deren Existenz gesichert werden. Renten und Pensionen sowie Erwerbslosenbezüge sollten wie die Löhne erhöht werden.

Zudem schlug die VKPD vor: „Sofortige Entwaffnung und Auflösung aller bürgerlichen Selbstschutzorganisationen und Bildung proletarischer Selbstschutzorganisationen“, eine „Amnestie für politische Delikte“, die „Aufhebung bestehender Streikverbote“ und die sofortige „Aufnahme der Handels- und diplomatischen Beziehungen mit Sowjetrußland“.

Auch wenn die VKPD „die Gegensätze, die sie von den anderen Parteien trennen“, nicht verbergen wollte, erklärte sie sich doch zur Aktionseinheit bereit mit allen linken Parteien und Gewerkschaften

zur Durchsetzung der genannten Ziele.

Vor allem wegen der Ablehnung einer Einheitsfront durch den Parteivorstand der SPD scheiterte der Vorstoß der KPD.

12 Jahre später verhinderten die Führungen von KPD und SPD die Bildung einer Einheitsfront und ebneten damit den Nazis den Weg. ■



Nietarbeiten in einer Fabrik um 1920.

Foto: Privatarhiv.

ISO/IV. Internationale Wer wir sind und was wir wollen

Die *Internationale Sozialistische Organisation* (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- MI, 13.01.2021, 19:00 Uhr, Viko „Wer, wenn nicht wir ...“
- DO, 14.01. 2021, 15:00 Uhr, Viko des Überbetrieblichen Solikomitees
- FR, 22.01.2021, 19:00 Uhr, Virtueller ISO-Infoabend zu aktuellem Thema
- DO, 28.01.2020, 15:00 Uhr, Viko des Überbetrieblichen Solikomitees

Impressum:

ISO Rhein-Neckar
Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim

Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54

Email: info@iso-4-rhein-neckar.de

Web: www.iso-4-rhein-neckar.de Facebook: www.facebook.com/iso.4.rn

